

/// Wirtschaftsstandort Bayern: Läuft!

NACHHALTIG UND GUT AUFGESTELLT WEITER IN DIE ZUKUNFT

ROBERT W. OBERMEIER /// Als Wirtschaftsstandort ist Bayern höchst dynamisch und erfolgreich. Doch nun prognostizieren die Konjunkturanalysen der bayerischen Industrie- und Handelskammern (IHK) und der Wirtschaftsinstitute, dass sich das Wachstum verlangsamen wird. Damit wächst der Handlungsdruck. In vielen Themenfeldern wie der Fachkräftesicherung, der bezahlbaren Energie, den Steuern, der Flächennutzung, der Infrastruktur, der Mobilität, der digitalen Infrastruktur, der digitalen Kompetenzen, dem lebenslangen Lernen und dem Umwelt- und Klimaschutz gilt es, praxisorientierte Lösungen zu generieren. Nur so bleibt die bayerische Wirtschaft langfristig zukunftsfähig.

Bayern ist nicht nur lebens- und liebenswert, sondern vor allem auch sehr erfolgreich. Derzeit liegt der Freistaat mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 625 Milliarden Euro auf Platz Zwei der deutschen Bundesländer. Zirka ein Fünftel des deutschen BIP erwirtschaften bayerische Unternehmen. Auch im europäischen Vergleich schneidet Bayern gut ab. So gehört Oberbayern zu den Regionen, in denen das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP den EU-28-Durchschnitt um mindestens 50% übertrifft. Zugleich ist der Freistaat hierzulande der Arbeitsmarktprimus. Es gibt mehr als 5,5 Millionen sozial-

versicherungspflichtige Arbeitsplätze, unterm Strich herrscht überall Vollbeschäftigung. Dementsprechend gehört Bayern auch zu den kaufkräftigsten Märkten der Welt. Das kommt nicht von ungefähr.

Die Wirtschaft in Bayern ist
sehr **ERFOLGREICH**.



Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaft ist eine gut funktionierende Infrastruktur und Mobilität.

Grundsätzlich ist die bayerische Wirtschaft sehr dynamisch ...

Zählt man allein die Mitglieder der bayerischen IHKs, haben rund 990.000 Unternehmen ihren Sitz in Bayern. Neben multinationalen Konzernen, starken mittelständischen Familienunternehmen, vielfältigsten Kleinbetrieben und Solo-Selbstständigen gehören dazu auch mehrere der DAX-30-Unternehmen. Zugleich hat sich in Bayern eine erfolgreiche Gründerszene etabliert. Das US-amerikanische Forschungsinstitut Startup Genome schreibt allein den Münchner Start-Ups einen Wert von rund 4,5 Milliarden US-Dollar zu. Im Fintech-, Healthcare- und Automotive-Bereich zählt es die Stadt zu den Top-Standorten für Start-Ups weltweit.

War der Freistaat nach dem Zweiten Weltkrieg noch vor allem landwirtschaftlich geprägt, hat er sich mittlerweile, getreu dem Motto „Laptop und Lederhose“, zu einem Zentrum der New Economy entwickelt. Immer mehr Unternehmen aus der Informations- und Kommunikationsbranche (IKT), der Bio- und Gentechnologie sowie der Umwelttechnik sitzen in oder kommen nach Bayern. Microsoft-Gründer Bill Gates verlieh Bayern sogar das Prädikat des „HighTech-Mekkas Europas“.

Weiter gestärkt wird diese Entwicklung durch eine hohe Innovationsbereitschaft der bayerischen Wirtschaft. So investieren Bayerns Unternehmen mehr als 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung (F&E). Damit zählt der Freistaat zu den Spitzenreitern unter den Bundesländern. Auch bei den Patenten hat Bayern mit 29 % aller in Deutschland neu erteilten Anmeldungen einen Spitzenplatz. Die Technologiefelder mit den meisten Patenten sind der Fahrzeugbau, Halbleiter, Getriebe, Kunststoffver-

arbeitung sowie digitale Datenverarbeitung. Insbesondere bei den Basis- und Anwendertechnologien der Digitalisierung sowie bei neuen Mobilitätskonzepten gilt Bayern als Treiber. Nicht zuletzt macht der Außenhandel den Freistaat stark. Trotz der aktuellen internationalen Handelskonflikte bleiben Bayerns Ausfuhren stabil. Die bayerische Wirtschaft exportierte im ersten Quartal 2019 Waren im Wert von 47,8 Milliarden Euro, ein Plus von 0,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Es gibt eine hohe INNOVATIONSBEREITSCHAFT.

Grundsätzlich muss das Fazit also positiv ausfallen: Bayern ist ein dynamischer Wirtschaftsstandort und der Wachstumsmotor in Deutschland. Es gilt nun, diese Dynamik weiter anzukurbeln, den Standort zukunftsfest zu machen und wettbewerbsfähig zu halten.

... aber aktuell verlangsamt sich das Wachstum

Die Bedingungen dafür sind jedoch schlechter geworden. Die aktuellen Zahlen der Konjunkturumfrage der bayerischen IHKs sowie die Aussagen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute belegen klar: Bayern steht am Ende des Booms, die Stimmung der bayerischen Wirtschaft ist von 128 auf 124 Punkte gesunken. Dies ist der schlechteste Wert seit der Eurokrise im Jahr

2011/12. Eine scharfe Rezession ist vorerst zwar nicht zu erwarten. Unterm Strich gehen die Unternehmen aber mittelfristig von einem schwächeren Wachstum aus und wollen daher weniger investieren und auch weniger Personal aufbauen.

Interessant ist, wo die Unternehmen die speziellen Risiken verorten: Trotz der konjunkturellen Abkühlung bleibt der Fachkräftemangel das am häufigsten genannte Risiko. Aktuell sehen ihn 61 % der Unternehmen als Gefahr an. Eine Eintrübung der Inlandsnachfrage betrachten 43 % der Unternehmen als Risiko, eine Abschwächung der Auslandsnachfrage nennen 19 %. Zudem verunsichern viele Unternehmer die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen: 47 % von ihnen sehen hierin ein Geschäftsrisiko. Als konkrete politische Belastungen nennen sie eine ausufernde Bürokratie, Handelskonflikte, den Brexit, die Diesel-Diskussion beziehungsweise die Wende zu E-Mobilität, eine verfehlte Wirtschaftspolitik zu Lasten der kleinen Unternehmen und eine zu hohe Steuerlast.

Aufgaben für die Zukunft

Damit Bayern auch künftig in der wirtschaftlichen Erfolgsspur bleibt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. In den folgenden neun zentralen Feldern besteht aus Sicht der bayerischen IHKs besonderer Handlungsbedarf:

Fachkräfte sichern

Ende 2018 fehlten der bayerischen Wirtschaft knapp 260.000 Fachkräfte, im Jahr 2030 werden es rund 450.000 sein. Der größte Mangel herrscht bei den technischen Berufen. Gleichzeitig wird die Digitalisierung in den Unternehmen zu starken Veränderungen

führen. Viele Berufsbilder werden sich wandeln, einige verschwinden, neue entstehen. Entsprechend verändern sich die Anforderungen an die Beschäftigten. Dem Mangel entgegenwirken lässt sich zunächst, indem brachliegende Fachkräftepotenziale gehoben werden: Zu viele Frauen arbeiten familienbedingt in Teilzeit. Hier braucht es flächendeckende und flexible Betreuungsstrukturen sowohl für Kinder bis zu zwölf Jahren als auch für pflegebedürftige Angehörige. Älteren Arbeitnehmern müssen Anreize gesetzt werden, etwa über Gesundheitsförderung und Weiterbildung, damit sie länger in den Betrieben bleiben. Auch Menschen mit Beeinträchtigungen sind ein unterschätztes Fachkräftepotenzial. Zudem benötigt die bayerische Wirtschaft ausländische Fachkräfte. Das neue Zuwanderungsgesetz ist hier ein richtiger Schritt und braucht eine pragmatische Umsetzung. Gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen benötigen Unterstützung bei der Anwerbung. Zugleich geht es bei der Fach-

Der FACHKRÄFTEMANGEL muss behoben werden.

kräftesicherung aber auch um eine Stärkung der digitalen Bildung ab den Kitas und Schulen und eine bedarfsgerechte digitale Qualifizierung.

Der Familienpakt Bayern, eine gemeinsame Initiative der Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft für

mehr Familienfreundlichkeit in den Betrieben, oder die aktuellen Bemühungen des Bayerischen Arbeitsministeriums für eine bessere Inklusion von Menschen mit Behinderung sind wertvolle Schritte, um Fachkräftepotenziale zu heben. Die IHK für München und Oberbayern informiert die Unternehmen zur Fachkräftesicherung, zeigt gute Beispiele auf und fördert den Austausch von Unternehmen. Künftig will die IHK Unternehmen noch stärker bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland unterstützen. Sie fühlt sich hierbei insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben verpflichtet.

Bezahlbare Energieversorgung gewährleisten

Die bayerische Wirtschaft unterstützt den Umbau der Energieversorgung hin zu regenerativen Energien. Zugleich sind die Versorgungssicherheit und die Stabilität der Stromnetze für sie von größter Bedeutung. Bereits kurzfristige Schwankungen können enorme Schäden verursachen und Produktions- und Logistikprozesse behindern. Im Zuge des Kernkraftausstiegs bis 2022 steuert Bayern jedoch auf eine immense Lücke bei der Stromerzeugung zu. Um die Energiesicherheit für die Unternehmen im Freistaat weiterhin zu gewährleisten, ist es nötig, den Ausbau gesicherter Kapazitäten zu beschleunigen, fristgerecht die erforderlichen Übertragungsnetze zu errichten, die Verteilnetze zu verstärken sowie das bayerische Stromnetz besser in den europäischen Energiebinnenmarkt einzubinden.

Ein zweiter wichtiger Aspekt: Im EU-Vergleich kostet der Industriestrom aufgrund von Steuern, Abgaben und Netzkosten in Deutschland am meisten. Durch den Kohleausstieg und den ver-

zögerten Netzausbau steigt der Preisdruck weiter. Das führt gerade in Bayern – als Grenzland – zu Wettbewerbsnachteilen. Die Wirtschaft spricht sich daher unter anderem für die Abschaffung der verteuernenden Stromsteuer aus.

Weitere praxisorientierte Vorschläge der Wirtschaft: In Bayern besteht noch ein erhebliches Potenzial zur grundlastfähigen Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien. Ein Beispiel ist die Wasserkraft mit einem Anteil von aktuell 13 % an der Bruttostromerzeugung. Ein begrenzter Ausbau ist hier sinnvoll und sollte ermöglicht werden. Da sich die

**Eine bezahlbare und sichere
ENERGIEVERSORGUNG ist wichtig.**

Stromerzeugung in Deutschland durch die Energiewende von Süd nach Nord verschiebt, ist auch der Netzausbau unabdingbar. Mit einer Fertigstellung der Stromtrassen Süd-Ost- und SuedLink wird jedoch nicht vor 2025 gerechnet. Erfahrungsgemäß können sich solch umfassende Projekte noch weiter verzögern. Hier muss dringend auf den Zeitplan geachtet werden. Zudem muss die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Energieleitungsneubau erhöht werden. Des Weiteren gilt es, den europäischen Energiemarkt zu stärken. Sinnvoll wäre, die europäischen Marktregeln anzugleichen und die Fördersysteme zu harmonisieren. Nationale Alleingänge mit zusätzlichen Belastungen für die weltweit vernetzte bayerische Wirtschaft sind zu

unterlassen. Besser ist es, den Markt vollständig zu öffnen, denn das beseitigt ineffiziente Preisverzerrungen und schafft Verbrauchsanreize.

Steuerniveau vereinheitlichen

Der Steuerwettbewerb nimmt weltweit zu. International agierende Unternehmen finden in anderen Teilen der Welt zunehmend bessere steuerliche Bedingungen als in Deutschland. Die Steuerbelastungen der Wettbewerber betragen in vielen Staaten bereits unter 25 % der zu versteuernden Gewinne. In Deutschland liegt das Belastungsniveau hingegen sowohl für Personen- als auch für Kapitalgesellschaften einschließlich der Belastung durch die Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag in der Regel bei etwa 30 %, in Regionen mit überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesätzen bei deutlich über 30 %. Hinzu kommt: Die Erhöhungen sowohl bei den Hebesätzen der Gewerbe- und der Grundsteuer als auch bei der Grunderwerbsteuer belasten zunehmend die Unternehmen vor Ort und verschlechtern deren regionale Standortbedingungen. Letztlich geraten dadurch ganze Regionen im Standortwettbewerb ins Hintertreffen.

Die Ausgestaltung des Steuerrechts und die Höhe der Steuern sind wichtige Standortfaktoren für die Wirtschaft. Leitbild der Steuerpolitik sollte ein einfaches, bürokratiearmes und investitionsfreundliches Steuerrecht mit zielgenauen Bemessungsgrundlagen und wettbewerbsfähigen Steuersätzen sein. Dazu gehören aus Sicht der Wirtschaft insbesondere Rechtssicherheit und Planbarkeit der Steuerpolitik, eine steuerliche Entlastung des Mittelstandes, eine Entlastung beim Einkommensteuertarif gerade im Hinblick auf die vielen

Personenunternehmen, eine praxisgerechte Modernisierung und Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens, zeitnahe Betriebsprüfungen und kürzere Aufbewahrungsfristen sowie die steuerliche Förderung von Innovationen und Start-Ups.

Gewerbeflächen sichern

Bedarfsgerechte Gewerbe- und Industriegebiete in ausreichender Größe und Qualität werden knapper. Betriebe, die investieren und expandieren wollen, fühlen sich dadurch immer öfter ausgebremst. In der aktuellen Diskussion wird die Wirtschaft als vermeintlich Hauptverantwortlicher für die „Flächeninanspruchnahme“ dargestellt. Fakt ist jedoch, dass Gewerbe und Industrie sowie Handel und Dienstleistungen lediglich 1 % der Fläche im Freistaat nutzen. Das sind umgerechnet gut 70.000 Hektar und damit nicht mehr als die Fläche von Augsburg, München und Nürnberg. Insgesamt sind Gewerbe- und Industrieflächen sowie Handel und Dienstleistungen zwischen 2014 und

Die Wirtschaft nimmt weitaus weniger Fläche in Anspruch als der WOHNUNGSBAU.

2017 um weniger als die Hälfte gewachsen als die Wohnflächen mit 4.685 Hektar. Die bayerische Wirtschaft legt Wert darauf, dies richtigzustellen und die Diskussion damit zu versachlichen. Zugleich braucht sie aber auch neue Flä-

chen und vor allem Planungssicherheit. Die Einführung einer quantitativen Obergrenze für Flächenverbrauch pro Tag, wie sie Bayern derzeit diskutiert, wäre fatal.

Um was geht es der Wirtschaft vor allem? Neue Gewerbeflächen müssen vorgehalten werden und es braucht verbindliche Gewerbeflächenkonzepte, damit die Unternehmen Planungssicherheit haben. Verantwortlich für die Flächenplanung müssen die Kommunen bleiben. Sie müssen flexibel auf die Bedürfnisse der Unternehmen reagieren können – ohne staatlich verordnete Obergrenzen. Auch interkommunale Kooperationen können positiv auf die Entwicklung von Gewerbestandorten wirken. Diese müssen noch besser gefördert werden. Innenentwicklung und Nachverdichtung sind wichtige Faktoren, sie haben Vorrang. Sie stoßen aber da an Grenzen, wo zu große Nutzungskonflikte für die Betriebe mit den Anwohnern drohen. Die IHKs stehen hier gern als Mediatoren bereit, lässt sich keine Einigung erzielen, müssen die Belange der Bürger Vorrang haben.

Verkehrswege ausbauen und modernisieren

Ein Netz aus Straßen, Eisenbahnlinien, Luftverkehrsverbindungen und Wasserwegen bildet das Rückgrat einer erfolgreichen Wirtschaft. Nur so gelangen Pendler tagtäglich zu ihrem Arbeitsplatz, und nur so erreichen Waren „just in time“ im In- wie Ausland ihren Bestimmungsort. Doch die bayerischen Verkehrswege sind nicht in bester Verfassung. Zwar hat sich der bauliche Zustand der Straßenwege in den vergangenen zehn Jahren leicht verbessert, die Brückenbauwerke entlang der Staatsstraßen erhalten jedoch zunehmend

Die INFRASTRUKTUR muss ausgebaut und kontinuierlich gewartet werden.

schlechtere Zustandsnoten. Für die bayerische Wirtschaft ist es daher entscheidend, die Ausgaben für Straßen- und Bauwerkserhaltung dauerhaft auf ein stabiles Investitionsniveau zu heben, um den Substanzwert der Bauwerke zu sichern. Zugleich müssen die Planungskapazitäten in den Bauverwaltungen erhöht werden. Daneben bedarf es der Vereinfachung, Standardisierung und Integration von Verfahrensschritten, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verkürzen. Insbesondere müssen jedoch Lückenschluss-Projekte vorangetrieben werden, um das Verkehrsnetz zu vervollständigen und seine Funktionalität zu erhöhen. Dabei halten es die IHKs für unabdingbar, dem Flughafen München die dritte Startbahn zu genehmigen, den Luftverkehr als wichtigen Verkehrsträger generell zu stärken, die Schifffahrtsbedingungen auf dem Main und der Donau zu verbessern, den Schienenverkehr zu stärken, die bayerischen Bahnstrecken schnellstmöglich und nicht erst 2038 weiter zu elektrifizieren und insbesondere auch den Nordzulauf zum Brenner Basistunnel zügig zu realisieren.

Nachhaltige Mobilität ankurbeln

In einer arbeitsteiligen und flexiblen Wirtschaft müssen der Personen- und der Güterverkehr möglichst reibungslos funktionieren. Das Verkehrsnetz

ist dafür aber nur eine Grundlage. Während in Ballungsräumen wachsende Verkehrsströme Mobilität zunehmend einschränken, fehlen im ländlichen Raum oftmals Alternativen zum Individualverkehr. Gleichzeitig bereiten verkehrsbedingter Lärm und Luftverschmutzung Probleme.

Um für Bürger und Wirtschaft eine leistungsfähige wie nachhaltige Mobilität zu stärken, spricht sich die bayerische Wirtschaft zunächst dafür aus, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu optimieren. Derzeit investiert der Bund über das Gemeindefinanzierungsgesetz 333 Millionen in den ÖPNV. Aus Sicht der IHKs wären jedoch 500 Millionen Euro das Minimum. Zugleich sollte Bayern auf Landesebene zusätzliche Mittel bereitstellen. Ziel muss sein, bessere Beförderungskapazitäten, dichtere Takte und eine bessere multimodale Verknüpfung einzelner Verkehrsträger wie ÖPNV, Pkw, Lkw, Radverkehr oder Carsharing zu erreichen und mehr Umstiegsplätze und -möglichkeiten insbesondere für Pendler bereitzustellen.

Zugleich geht es aber bei nachhaltigem Verkehr um mehr als den ÖPNV. Auch neue Belieferungskonzepte für die Innenstädte wie Mikrodepots, von denen aus die Lieferung bis zur Haustür mit umweltfreundlichen Fahrzeugen wie etwa Pedelecs ermöglicht wird, die Förderung der Elektromobilität, der Ausbau der Ladestationen und eine bessere überregionale digitale Verkehrssteuerung führen zu einer Win-win-Situation für Unternehmen, Fachkräfte, Verkehr und Umwelt.

Digitale Infrastruktur stärken

Eine leistungsfähige IKT-Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für die

digitalisierte Wirtschaft. Trotz der Fortschritte in den vergangenen Jahren haben in Bayern erst 74 % der Haushalte Übertragungsgeschwindigkeiten von mehr als 50 Mbit/s zur Verfügung. Dabei sind mindestens 50 Mbit/s notwendig, um Industrie-4.0-Lösungen, Cloud- und Streaming-Anwendungen wie eHealth, Smart Energy und digitale Verwaltungsprozesse zwischen Wirtschaft und Kommunen einzusetzen. Auch das Funknetz ist weiterhin lückenhaft. Nur 81 % des ländlichen Raumes in Bayern sind mit LTE-Technik abgedeckt. Dabei eignet sich das aktuelle 4G/LTE-Mobilfunknetz etwa für das „Internet der Dinge“ oder Auto-Auto-Kommunikation nur bedingt oder gar nicht.

**Eine digitalisierte Wirtschaft
braucht eine LEISTUNGSFÄHIGE
IKT-Struktur.**

Für die Wirtschaft in Bayern ist es entscheidend, dass der Breitbandausbau mehr als bisher auf den Unternehmensbedarf ausgerichtet wird und Gewerbegebiete und Gewerbemischgebiete prioritär ausgebaut werden. Gemäß dem aktuellen EU-Recht dürfen Gebiete, die bereits mit mehr als 30 Mbit/s versorgt sind, nicht gefördert werden. Diese Schwelle ist jedoch veraltet und entspricht den aktuellen Bedürfnissen überhaupt nicht mehr. Die EU-Kommission muss diese Schwelle deutlich anheben und kontinuierlich an die

technologische Entwicklung anpassen. Die Förderung des Breitbandausbaus muss langfristig sichergestellt sein. Mithilfe eines bayerischen Sonderfall-Fördertopfes sollten zudem Unternehmen, die ein Breitbandglasfaseranschluss bis auf das Firmengelände besonders teuer kommt, im Einzelfall anteilig unterstützt werden. Auch der eigenwirtschaftliche Breitbandausbau gemeinsam durch Kommunen, Bürger und Unternehmen sollte staatlich unterstützt werden. Stichwort Mobilfunk: Mit 5G steht eine erheblich verbesserte Technologie in den Startlöchern. Die Mobilfunknetzversorgung muss flächendeckend umgesetzt werden, das Flächenland Bayern muss die Einführung des 5G-Mobilfunkstandards aktiv mitgestalten.

Digitale Kompetenzen stetig ausbauen

Aktuell belegen Deutschland und Bayern bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich keine Spitzenplätze. Nur 7 % aller Betriebe halten die Digitalisierung in ihrem Unternehmen für „voll entwickelt“; 40 % sehen sich in der unteren Hälfte der Digitalisierungsskala. Dabei stellt die Digitalisierung nicht nur neue Anforderungen an die Infrastruktur, sie verändert auch Geschäftsmodelle, Arbeitsabläufe, die Zusammenarbeit und die Kommunikation in den Betrieben. Das wiederum erfordert von Mitarbeitern und Führungskräften, ihre Qualifikationen anzupassen. Digitale Kompetenzen bekommen einen immer höheren Stellenwert. Eine gute Bildung und lebenslanges Lernen werden noch stärker die Schlüssel sein, damit Wirtschaft und Gesellschaft die Digitalisierung bewältigen können.

Um auch langfristig den Bedarf der Unternehmen an qualifizierten Fachkräften zu sichern, sollte daher bereits in Kindertagesstätten, vor allem aber an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen die Vermittlung digitaler Kompetenzen ein wichtiger Bestandteil der pädagogischen Konzepte und Lehrpläne sein. An Schulen müssen insbesondere Informatikkenntnisse ausgebaut und in der Aus- und Weiterbildung umfassende Kompetenzen für selbstorganisiertes Arbeiten vermittelt werden. Um heterogenen Erwerbsverläufen und stark individualisierten Qualifikationsanforderungen besser entsprechen zu können, sollte es verstärkt modularisierte Bildungs- und Zertifizierungsangebote geben. Erziehende, Lehrende und Auszubildende sollten systematisch in digitaler Kompetenzvermittlung geschult werden, insbesondere zu Medien- und IT-Kompetenz. Staatliche Anreizsysteme können dazu beitragen, dass Arbeitnehmer an regel-

Der Erwerb DIGITALER Kompetenz wird immer wichtiger.

mäßigen Weiterbildungen teilnehmen. Unternehmen dürfen jedoch nicht in ihrer Flexibilität eingeschränkt werden. Ein gesetzlicher Freistellungsanspruch für Weiterbildungen ist daher abzulehnen. Zugleich gilt es – Stichwort lernende Unternehmen – die Betriebe selbst bei der Digitalisierung durch Fördermittel wie den Digitalbonus, Netzwerke oder Coachings zu unterstützen.

Umwelt- und Klimaschutz voranbringen

Unternehmerische Tätigkeit und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stehen grundsätzlich in einem Spannungsverhältnis. Die bayerischen Unternehmen orientieren sich jedoch am Leitbild der Nachhaltigkeit. Sichtbarer Ausdruck dafür ist der Umweltpakt Bayern, den die Wirtschaft 1995 erstmals mit der Staatsregierung schloss, und der seither immer um jeweils fünf Jahre verlängert wurde. Grundlage ist die gemeinsame Überzeugung, dass die natürlichen Lebensgrundlagen mit Hilfe einer freiwilligen und zuverlässigen Kooperation von Staat und Wirtschaft besser geschützt werden können als allein durch Gesetze und Verordnungen. Die meisten Gesetze zum Umwelt- und Klimaschutz entstehen derzeit auf EU-Ebene. Wichtig ist der Wirtschaft, dass die Umsetzung des EU-Rechts auf Bundes- und Landesebene nicht über eine Eins-zu-Eins-Umsetzung hinausgeht und Vorschriften die unternehmerische Tätigkeit somit nicht über Gebühr behindern. Stattdessen sollte freiwilliges Engagement honoriert werden.

Thema Kreislaufwirtschaft: Für Fortschritte sorgen hier besonders häufig kleine und mittlere Betriebe. Sie stehen dabei aber im Wettbewerb zu kommunalen Unternehmen. Hier müssen gleiche Rahmenbedingungen herrschen, zum Beispiel bei der Umsatzsteuerpflicht und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Unternehmensstandorte werden oft in historisch gewachsenen Gemengelage erweitert. Dabei prallen die Interessen von Betrieben, Bewohnern und Natur aufeinander. Die Wirtschaft wünscht sich hier eine faire Interessenabwägung. So soll-

ten etwa Firmen bei einer Annäherung an den störfallrelevanten Sicherheitsabstand oder beim Überschreiten von Grenzwerten dennoch Genehmigungen und Änderungsgenehmigungen bekommen können, Spielräume im Naturschutz sollten genutzt werden.

**Wirtschaft und Wachstum müssen
NACHHALTIG gehandhabt werden.**

Fazit

Bayerns Wirtschaft ist stark und damit sie es bleibt, braucht sie bestmögliche Rahmenbedingungen. Bei den ausgewählten neun Themenfeldern besteht umgehender Handlungsbedarf, um Bayern fit für die Zukunft zu machen. Wirtschaft und Politik sollten hier gemeinsam handeln, bestehende zielführende Ansätze fortsetzen und da, wo noch Lösungen fehlen, diese gemeinsam pragmatisch entwickeln. Zugleich braucht es den Dialog mit den Bürgern. Wirtschaft und Wachstum sind bei ihnen oft negativ besetzt, dabei sind Wirtschaft und Wachstum weder negativ noch positiv. Sie müssen nachhaltig sein. Der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier plädiert dafür, dass die vom Volk gewählten Repräsentanten auf eine nachhaltige und dauerhafte Wahrung und Befriedigung der Gemeinwohlbelange hinwirken sollten und dass dies im Grundgesetz verankert wird. Für den Großteil der oftmals familiengeführten Unternehmen in Bayern ist ein solch verantwort-

liches nachhaltiges Wirtschaften und Wachsen durch die Tradition und das Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns ohnehin seit jeher selbstverständlich. Mit diesem grundsätzlichen Anspruch und den entsprechenden Rahmenbedingungen wird Bayern weiterhin und auch im schwierigeren konjunkturellen Umfeld auf Erfolgskurs bleiben. ///



/// DR. ROBERT W. OBERMEIER
ist Chefvolkswirt der IHK für München
und Oberbayern.